

ANONYMISIERTE BEWERBUNG	CVP	APD	LRP	PSG	ÖSP
Leitgedanke	Diskriminierung ist ein Problem, gegen das etwas getan werden sollte; Arbeitgeber dürfen nicht zu sehr belastet werden; weitere Diskussion nötig	Diskriminierung kann durch anonyme Bewerbungen zumindest reduziert werden, was ohne Regeln nicht funktioniert	Anonyme Bewerbungen können Problem der Diskriminierung nicht lösen, gängeln Arbeitgeber unnötig; wenn überhaupt, dann nur mit Abschaffung der Frauenquote	Diskriminierung kann durch anonyme Bewerbungen reduziert werden; gerade darum muss auch die Privatwirtschaft dazu verpflichtet werden	Diskriminierung kann durch anonyme Bewerbungen zumindest reduziert werden; Quoten müssen hinzukommen, um Diskriminierung tatsächlich zu verhindern
Ausschuss für die Angelegenheiten der öffentlichen Verwaltung	Die Verwaltung sollte gegen Diskriminierung vorgehen und so auch ihr Image verbessern <-> die Arbeitgeber in der Verwaltung würden überfordert, irregeleitet - > ausgeschlossene Angaben überprüfen	Theoretisches Diskriminierungsverbot brachte zu wenig Erfolg; es bedarf praktischer Regeln. Eine verbesserte Repräsentation der diversen Bevölkerungsgruppen ist wichtig für den Kontakt zw. Behörden u. Bürgern	Der Bund als Arbeitgeber muss über reale Bewerber entscheiden dürfen, nicht über tabellarische Kompetenzen; die Persönlichkeit spielt gerade im Umgang mit den Bürgern eine wichtige Rolle	Diskriminierung ist immanenter Teil unserer Gesellschaft. Verbesserte Repräsentation aller Bevölkerungsgruppen ist wichtig für den Kontakt zw. Behörden u. Bürgern	Theoretisches Diskriminierungsverbot brachte zu wenig Erfolg; es bedarf praktischer Regeln. Eine verbesserte Repräsentation der diversen Bevölkerungsgruppen ist wichtig für eine gelebte Demokratie
Arbeitsausschuss	Der Bund könnte als Arbeitgeber mit gutem Beispiel vorangehen <-> Druck auf Privatwirtschaft muss vermieden werden	Der Bund sollte als Arbeitgeber ein gutes Beispiel geben; dies sollte erst getestet werden, bevor weitere Verpflichtungen erfolgen	In Bundesbehörden kein Beispiel geben, das von der Privatwirtschaft nicht eingehalten werden kann. Wenn Kompromiss unvermeidbar ist: keinesfalls Privatwirtschaft tangieren.	Meiste Arbeitsplätze sind privat; damit das Gesetz Wirkung entfalten kann, müssen alle Arbeitgeber zum anonymen Verfahren verpflichtet werden	Der Bund sollte als Arbeitgeber ein gutes Beispiel geben; dies sollte erst getestet werden, bevor weitere Verpflichtungen erfolgen
Ausschuss für Gleichstellungsfragen	Das anonyme Verfahren kann Diskriminierung nicht verhindern, aber reduzieren, v.a. dort, wo sie nicht bewusst erfolgt <-> Diskriminierung wird nur auf Bewerbungsgespräch verschoben	Das anonyme Verfahren kann Diskriminierung nicht verhindern, aber reduzieren, v.a. dort, wo sie nicht bewusst erfolgt; Praxis sollte durch weitere Regelungen ergänzt werden	Diskriminierung wird nur auf Bewerbungsgespräch verschoben; Kompromiss allenfalls, wenn dafür Frauenquote abgeschafft wird	Das anonyme Verfahren kann Diskriminierung nicht verhindern, aber reduzieren, v.a. dort, wo sie nicht bewusst erfolgt; Praxis sollte durch weitere Regelungen ergänzt werden.	Das anonyme Verfahren kann Diskriminierung nicht verhindern, aber reduzieren, v.a. dort, wo sie nicht bewusst erfolgt; Praxis sollte durch Quoten ergänzt werden

PFLEGE-FREISTELLUNG	CVP	APD	LRP	PSG	ÖSP
Leitgedanke	Freistellung braucht finanzielle Flankierung um wirksam zu werden; Regelungen müssen allen Beteiligten rechtliche Klarheit geben u. niemanden überfordern	Finanzielle Ausstattung ist zentral, darf aber nicht zu zeitlicher Einschränkung führen	Reform der Pflegefreistellung darf Arbeitgeber nicht überlasten, v.a. nicht kleine Unternehmen	Finanzielle Ausstattung ist zentral, muss von Arbeitgebern geschultert werden	Finanzielle Ausstattung ist zentral, darf aber nicht zu zeitlicher Einschränkung führen; Bezahlung ist Sache der öffentlichen Hand
Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	Familienangehörige sind die wichtigsten Bezugspersonen; der Zusammenhalt zwischen den Generationen muss gestärkt und daher finanziell unterstützt werden	Kreis der zu Pflegenden muss ausgedehnt werden, da bisherige Definition heutigen Lebensverhältnissen nicht mehr entspricht; mangelhafte Freistellungsdauer und Bezahlung sorgt v.a. für Ausstieg von Frauen	Kreis der zu Pflegenden sollte heutiger Lebensrealität angepasst werden	Pflege ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, zu der der Staat und die Arbeitgeber einen Beitrag leisten müssen	Pflege ist gesamtgesellschaftliche Aufgabe; Kreis der Pflegenden ausdehnen, da heutigen Lebensverhältnissen nicht entsprechend; mangelhafte Dauer und Bezahlung sorgt v.a. für Ausstieg von Frauen
Gesundheitsausschuss	Gesetz ist guter Mittelweg: ausreichend zeitliche Möglichkeit um gesundheitliche und pflegerische Fragen zu lösen.	Freistellung bis zu 10 Tage mit voller Lohnfortzahlung; weniger Zeit reicht nicht für gesundheitliche und pflegerische Lösung	Freistellung bis zu 5 Tage analog zu kranken Kindern, reicht aus, um Pflege zu planen und akute gesundheitliche Fragen zu klären	Freistellung bis zu 6 Wochen, analog zu Krankheitsfall, durch Arbeitgeber zu bezahlen; ohne Lohnfortzahlung wird gering Bezahlten Pflege unmöglich	Freistellung bis 10 Tage muss erhalten bleiben und bezahlt werden; Für die Kosten sollte die Pflegeversicherung aufkommen
Wirtschaftsausschuss	Gesetz ist guter Mittelweg: ausreichend zeitliche und finanzielle Sicherheit für Arbeitnehmer; mehr Zeit und Geld würde die Existenz gerade der KMU bedrohen.	Arbeitnehmer mit Sicherheit und Motivation liefern den Arbeitgebern bessere Leistungen. 10 Tage sind dafür unabdingbar.	Eine Freistellung von bis zu fünf Tagen soll für alle Arbeitgeber gelten. Die Lohnfortzahlung aber ist kleinen Unternehmen von bis zu 15 Mitarbeitern nicht zuzumuten.	Pflege ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, an der sich die Arbeitgeber durch Freistellung und Lohnfortzahlung beteiligen müssen	Pflege ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Die Arbeitgeber beteiligen sich durch die Freistellung. Die finanzielle Beteiligung ist ihnen nicht zuzumuten.

PKW-MAUT	CVP	APD	LRP	PSG	ÖSP
Leitgedanke	Mehr Geld für Verkehrsinfrastruktur – alle Nutzer beteiligen!	PKW-Maut ist überflüssig, umweltschädlich und ungerecht!	Mobilität ist Freiheit, die der Staat ermöglichen muss ohne zusätzliche Belastung der Bürger	PKW-Maut ist reine Abzocke und sozial ungerecht	PKW-Maut verhindert eine sinnvolle Verkehrspolitik
Verkehr, Bau und Stadtentwicklung	Mehr Geld für den Straßenbau ist unverzichtbar, Straßenbenutzungsgebühr ist einfach, unbürokratisch und fair	Einnahmen lassen sich viel leichter über die Energiesteuer erheben, PKW-Maut ungeeignet wegen Verkehrsverlagerung auf Landstraßen, unverständlich dass Toll-Collect nicht genutzt wird	Unterfinanzierung der Verkehrswege muss beendet werden, Geld der Autofahrer muss im Straßenbau ankommen, Vignetten besser als Toll-Collect wegen Datenschutz	Nutzungsgebühren sind der falsche Weg – weil sie alle gleich hart treffen und weil Infrastruktur, die den Bürgern gehört, keine Gebühr erfordern kann.	Energiesteuer belastet die Autofahrer abhängig von Fahrzeuggröße und gefahrenen Kilometer – beste Form der PKW-Maut existiert längst.
Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	Stauvermeidung ist Umweltschutz und Klimapolitik	Umweltpolitisch falscher Anreiz: Wer Vignette hat, will auch möglichst viel fahren	Verkehrswege sind die Lebensadern der Volkswirtschaft, ihr funktionieren hat Priorität vor anderen Zielen	Vorfahrt für die Bahn! Investitionen in die Straße sind der falsche Weg	Vorfahrt für die Bahn! Investitionen in die Straße sind der falsche Weg
Ausschuss für Forschung und Technologie	Mehrbelastung der Wirtschaft eng begrenzen PKW-Maut ermöglicht günstigere Energiesteuern und damit Preissenkung an den Tankstellen, was in Grenznähe hilft.	Verpasste Chance: Toll-Collect als innovatives System mit weltweiten Vermarktungschancen.	Vignette extrem einfaches System, belastet alle (auch ausländische) Nutzer – damit können Lasten inländischer Autofahrer verringert werden.	Befürchtung: PKW-Maut ist nur der erste Schritt zu „Toll-Collect“. dies wäre jedoch eine absolut inakzeptable Förderung kapitalstarker Technologiekonzerne	Steigende finanzielle Belastung des Verkehrs hemmt Klimaschädliche Wirkung. Maut ist der falsche Weg – streckenbezogene Belastung fördert Innovation

WAHLPFLICHT	CVP	APD	LRP	PSG	ÖSP
Leitgedanke	Zwiespältig: Wahlpflicht birgt Chancen und Risiken.	Positiv: Wahlpflicht ist logische Ergänzung zur repräsentativen Demokratie um alle fair einzubinden.	Zwiespältig: Wahlpflicht widerspricht liberaler Tradition, bringt aber auch Chancen.	Eher positiv: Wahlpflicht ist vor allem eine Chance zur Einbindung Benachteiligter.	Eher negativ: Ursprung und Werte der ÖSP stehen jeglichen Einschränkungen der politischen Freiheit entgegen.
Innenausschuss	Aufwertung des Wahlakts und der staatsbürgerlichen Verantwortung vs. Freiheit des Wahlakts.	Wenn sich Teile der Bevölkerung im politischen System nicht vertreten fühlen ist dies eine Gefährdung der Demokratie. Dem Wahlrecht als grundlegendem Bürgerrecht steht auch eine Verantwortung gegenüber.	Wahlpflicht entmündigt statt zu ermutigen vs. Wertschätzung gegenüber dem Wahlrecht als vornehmstem Bürgerrecht; Risiko vermehrter Proteststimmen für Extreme	Entfremdung vieler Menschen vom politischen System bedroht die Stabilität der Demokratie. Doch: Zwang zur Wahl darf nicht ernsthafte Beschäftigung mit dem Problem ersetzen.	Wahlpflicht führt zu Pseudo-Stabilität, nicht aber zu wirklicher Demokratie, mit der die Bürger sich identifizieren.
Ausschuss für Soziales	Repräsentative Demokratie sollte alle repräsentieren vs. Politische Entfremdung ist durch Wahlzwang nicht zu beheben.	Vor allem benachteiligte Bevölkerungsteile wählen zunehmend nicht. Wenn sie wählen müssen, beschäftigen sich diese Wähler mit der Politik und die Politik mit diesen Wählern.	Gleichmäßige Repräsentation ist Kern der repräsentativen Demokratie vs. Wahlbeteiligung ist weniger entscheidend als Motivation und Information der Wähler.	Chance endlich die sozial Benachteiligten mehr einzubinden, die für freiwilliges Engagement nicht gewonnen werden können. Motivation für Politik, sich endlich mehr um deren Belange zu kümmern.	Statt die dem System fern stehenden Bürger zur Wahl zu zwingen sollte die Politik ihre Interessen ernst nehmen, einen echten Dialog mit ihnen führen und sie so zur politischen Beteiligung motivieren.
Rechtsausschuss	Eine praktische Kontrolle ist über die Listen der Wahlberechtigten leicht möglich. Sanktionen eher symbolischer Art sind vorstellbar.	Eine praktische Kontrolle ist über die Listen der Wahlberechtigten leicht möglich. Milde Sanktionen schaffen Anreiz und verdeutlichen die Wichtigkeit.	Sanktionen bergen das Risiko, dass weniger an Politik interessierte Bürger nur zur Wahl gehen um Sanktionen zu entgehen.	Stimmzettel müssen eine Möglichkeit zur Ablehnung aller Parteien/Kandidaten geben, die von versehentlicher Ungültigkeit zu unterscheiden ist.	Sanktionen sind auf jeden Fall abzulehnen. Sie würden die Wahlpflicht endgültig zu einer Bedrohung machen.